

Die Gelben in Verzweiflung

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **8 (1916)**

Heft 5

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-350566>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

also ohne Pflichten, aber mit allen Rechten. Auch die in Italien gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter bleiben in Deutschland der Gewerkschaft fern. Uebrigens verhielten sich die polnischen Arbeiter ebenso, und auch mit den *schweizerischen* Arbeitern, die gegenwärtig in erheblicher Zahl nach Deutschland kommen, werden die gleichen unbefriedigenden Erfahrungen gemacht, wobei es sich eben nur um unorganisierte Arbeiter handeln kann, die auch zu Hause die schweizerische Gewerkschaftsbewegung am notwendigen Fortschritt und Aufstieg hindern.

Der «Grundstein»-Artikel hat nichts gegen die Beschäftigung von Ausländern, soweit sie nicht zu umgehen ist, aber gegen die *Auswüchse* der Ausländerkonkurrenz sollen die deutschen Arbeiter geschützt werden. «*Zuerst und vor allen Dingen kommt der einheimische Arbeiter, der beschäftigt werden muss.* Erst wenn keine deutschen Arbeiter mehr zu haben sind, dürfen nach vorheriger Verständigung mit dem Verband Ausländer eingestellt werden.» In die Tarifverträge sollen bezügliche Bestimmungen aufgenommen werden.

Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die französischen Arbeiter auf der kürzlich in Paris stattgefundenen Konferenz von französischen, belgischen und italienischen Gewerkschaftsvertretern, und auch die *schweizerischen* Gewerkschaften sind der gleichen Meinung.

Der «Grundstein»-Artikel kommt zum Schlusse:

«*Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre bisherige Haltung in der Ausländerfrage von Grund aus ändern.* Sie müssen einmal ihren Einfluss bei der Regierung geltend machen zur Erreichung von *gesetzlichen Massnahmen*, die die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so regeln, dass den Einheimischen kein Schaden erwächst. Sodann müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen, der Ausländerfrage, oder besser gesagt -plage, ohne die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten. Wir wollen in Zukunft *jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuche seiner heimatlichen Organisation zu uns kommt, wie bisher mit offenen Armen aufnehmen.* Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegentreten wollen. Wir werden damit nur das tun, was in andern Län-

dern — in England, Frankreich und Amerika — schon lange von den Gewerkschaften geübt worden ist.»

Der Ruf nach gesetzgeberischen Massnahmen gegen die Einwanderung von ausländischen Arbeitern ist reaktionär, einseitig und kurzsichtig; denn die Regierungen der andern Länder würden mit den gleichen Massnahmen auch gegen die Einwanderung von deutschen Arbeitern antworten. Die Massnahmen würden so zweischneidige Schwerter sein, die auch die deutschen Arbeiter verwunden würden. Der Artikelschreiber vergisst auch, dass in den letzten Jahren vor dem Kriege die ausländischen Arbeiter reichlich Ursache hatten, mit den deutschen Arbeitern unzufrieden zu sein; denn *deutsche Arbeiter* waren es, die als *organisierte Streikbrecherkolonnen in allen Ländern* erschienen, wo einheimische Arbeiter im Kampfe mit dem Unternehmertum standen und sie um ihre Erfolge brachten. Gewiss waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland damit nicht einverstanden, ja sie litten selbst schwer darunter; aber die Tatsache der organisierten deutschen Streikbrecherkolonnen in allen Ländern wird dadurch nicht beseitigt.

Im übrigen ist der Gedanke von gesetzgeberischen Massnahmen gegen die Masseneinwanderung ausländischer Arbeiter rein *utopisch*, weil sich der kapitalistische Klassenstaat nicht dazu hergibt, gegen die Unternehmerinteressen die stete Erneuerung der industriellen Reservearmee, den reichen Zufluss aus dem unerschöpflichen italienischen etc. Proletarier-Reservoir als Lohndrücker zu verhindern.

Den Arbeiterinteressen opfert keine klassenstaatliche Regierung die Unternehmerinteressen, und es bleibt daher nach wie vor nur die *internationale proletarische Agitations- und Organisationsarbeit*, um die gemeinsamen Interessen des gesamten Proletariats erfolgreich zu wahren, proletarisches Klassenbewusstsein und Solidarität zum Gemeingut, zur heiligen Pflicht der Arbeiterschaft aller Länder zu machen. Z.



Die Gelben in Verzweiflung.

Als Judas Pechota die Arbeiterschaft zu verraten suchte und im Verein mit mächtigen Unternehmern die gelbe «Freie Arbeiterzeitung» schuf, da hatte im Kanton Solothurn, hauptsächlich in Olten, eine gelbe Bewegung schon eingesetzt. Diese Oltener Gelben, an deren Spitze der einstmalige Gerichtspräsident Dr. Adrian von Arx stand, wurden sofort eifrige Leser der «Freien Arbeiterzeitung», das Abonnement aber wurde meistens nicht oder dann von anderer, reicherer Seite bezahlt. Die «Freie Arbeiterzeitung» zog aber nicht lange, und sie wechselte ihre Kappe, sie nannte sich

dann «Arbeiterpost». Aber auch dieses Blättchen wurde als Unternehmerpapier demaskiert und verschwand. Als Nachfolger erscheint nun «Die soziale Reform» alle 14 Tage. Diese wird gegenwärtig wie ihre Vorgänger in Massen in den Fabriken verteilt. Wer sie bezahlt, weiss man nicht; wer sie verteilt, das sind die Werkführer und Vorarbeiter. Ob's zieht, wird sich bald weisen.

In der neuesten Nummer dieses gelben Blättchens erlässt nun der altbekannte Gelbenführer Dr. Adrian von Arx, der aus seiner Betäubung ob der Schläge, die er einst erhielt, wieder einmal zu erwachen scheint, folgenden sehr interessanten Verzweiflungsaufwurf:

«Es handelt sich zu dieser Zeit im Kanton Solothurn darum, ob die Arbeiterschaft, welche weder sozialdemokratisch noch konservativ ist, sich selbständige, neutrale Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Berufsinteressen zu verschaffen vermag. Die sozialdemokratischen, die christlich-sozialen Arbeiter haben ihre Berufsverbände. Wird auch die übrige Arbeiterschaft des gewerkschaftlichen Schutzes teilhaftig werden? Das ist eine Schicksalsfrage nicht nur für diese Arbeiterschaft.

Die Arbeiter, die im Kanton Solothurn der Organisation entbehren, zählen zu vielen Tausenden. Sie bilden die Mehrheit in ihrem Stande. Zwischen die Verbände der Sozialdemokratie und die Unternehmer gestellt, fehlt ihnen die einheitliche Kraft. Sie sind deswegen nicht ohne eigene Gedanken und Stimmungen.

Vor ein paar Jahren begann man in dieser Arbeiterschaft mit den Bemühungen zur Gründung unabhängiger, neutraler Gewerkschaften. Neutral sollen diese Verbände sein, weil sie dazu bestimmt waren, die beruflichen Angelegenheiten der Arbeiter zu ordnen. Es hat diese Obliegenheit weder mit der Politik noch mit der Konfession zu tun. Das ist auch die Meinung der Arbeitgeber, die sich in ihren Verbänden ohne Unterschied der politischen oder religiösen Gesinnung zusammenfinden.

Unter schweren Kämpfen mit der Sozialdemokratie, welche behauptete, zu der Vertretung der Arbeiterschaft berufen zu sein, wurden die neuen Verbände gegründet, zuerst im fortschrittlichen Olten und dann im obern Kantonsteile. Die Leute, die sich für die Bestrebung hingaben, achteten Anfechtung und Mühe gering; denn es erhob sich die Zuversicht, dadurch ihrem Volke zu dienen. Die junge Bewegung hatte bald zahlreiche Anhänger; es war Begeisterung vorhanden. Man hoffte, in einer nahen Zukunft einen Verband zu schaffen, in dem die Tausende der Industriearbeiter von den Schuhfabriken Schönenwerds bis zu den Eisenwerken und den Uhrenfabriken des obern Kantonsteiles vereinigt wären. Ein solcher Verband wäre eine Macht für die Arbeiterschaft, aber auch eine Gewähr für die Ordnung in der Arbeiterbewegung geworden.

Wenn dieses bedeutende Ziel nicht erreicht werden kann, so ist daran nicht die scharfe Gegnerschaft der Sozialdemokratie, sondern die Haltung anderer Kreise schuld. Als die Arbeiter ihre Bewegung eröffneten, bauten sie darauf, auch ausserhalb ihres Standes Verständnis und Rückhalt zu finden. Sie zählten vor allem auf die Unterstützung durch die Partei, der sie politisch angehörten. Es wusste wohl der Verband jeden Eingriff der Partei in seine Entschlüsse zurückzuweisen. Aber die Partei, die den Schutz der Schwachen in ihr Programm geschrieben hat, konnte die Bestrebungen der Arbeiterschaft mit ihrer Sympathie und ihrem Worte unterstützen. Sie konnte ihnen mit ihren Männern und ihrer Presse dienen. Man hoffte, auf diese Weise das Gewicht zu erlangen, das sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch den unablässigen Kampf verschaffen wollen. Man suchte die Verständigung und hoffte dabei auf die Hilfe aller, die einer

rechtlichen und freien Gesinnung sind. Man übersah nicht die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Man wusste, dass gegen den Gedanken der Gewerkschaft Misstrauen bestand. Doch man suchte die Erklärung dafür in der einseitigen Tätigkeit der Gewerkschaften, mit denen bis jetzt zu tun gewesen war. Man traute sich zu, die Fehler der andern vermeiden zu können.

Es muss heute ausgesprochen werden, dass der jungen Bewegung bald ein stiller, aber mächtiger Widerstand entgegengesetzt wurde. Es erwies sich, dass man sich durch die Bewegung in seinen Unternehmen gestört fühlte. Man glaubte, sich die Organisation der Arbeiterschaft auch in dieser Form ersparen zu können. Es gab sogar Leute in der Industrie, die sich eher die sozialdemokratische Form gefallen lassen wollte, indem sie meinten, mit ihr weniger Umstände machen zu müssen. Wir gestehen zu, eine freiere, grössere Gesinnung erwartet zu haben.

Doch die Gegnerschaft reichte weiter. Ihr Einfluss äusserte sich auch an Stellen, von denen wir uns des Beistandes versehen hatten. Tadelnd wurde von den unruhigen Köpfen gesprochen, die der Neuerung ergeben waren. Sogar ausserhalb des Kantons, als die Sache der Arbeiterschaft auf eidgenössischem Boden erwogen wurde, machte sich der reaktionäre Einfluss hochgestellter solothurnischer Widersacher geltend. Es erfolgten die Absagen derer, auf die man gezählt hatte. Eine Fahnenflucht setzte ein, die nicht schön war. Es ging wie beim Gastmahl der heiligen Schrift, wo von den geladenen Gästen keiner erschien.

Dazu kam noch der Krieg, der den Mut zu Unternehmungen niederstimmte. Er lastet auch auf der Arbeit für die Gewerkschaft.

Wir sind aber nicht gesinnt, diese Arbeit aufzugeben. Die Arbeiterschaft bedarf ihrer mehr als je. Wir haben auch noch nicht allen Glauben aufgegeben, dass die bessere Einsicht dort einziehen wird, wo man sich ihr bisher verschlossen hielt.

Die Gewerkschaft wird kommen. Ist es nicht die neutrale, so ist es die der Sozialdemokratie. Denn sie ist eine der Notwendigkeiten unserer Zeit. Es ist kein Fabrikator so fest, dass es ihr zu widerstehen vermöchte. Diese Ueberlegung mag man sich dort machen, wo man sich bei seinen Entschlüssen allein von der Zweckmässigkeit bestimmen lässt. Höher stehen freilich die Entschlüsse, bei denen auch das Rechtsgefühl mitspielt.

Habe man doch Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft dass sie den rechten Weg zu gehen weiss! Man kennt sie doch in ihrer Schlichtheit, in ihrer Genügsamkeit, in ihrer Gutwilligkeit. Traue man ihr Selbstbeherrschung und Mass zu!

Wollte man aber unterdrücken, was geschehen soll, so könnte man erfahren, dass stärker als alle wirtschaftliche Macht der Gedanke der Gerechtigkeit ist, auch wenn ihn die Hände der Schwachen und Geringen tragen.

Sollte es sich jedoch ereignen, dass alle Bemühungen in dieser Sache vergeblich sind, was wäre die Folge? Es würde, über kurz oder lang, eine Zeit kommen, wo die Arbeiterschaft, die heute noch auf den guten Willen der andern Volksgenossen vertraut, dieses Vertrauen verweigert. Dann würde unschätzbare Gut der Freiheit, ja die ganze freiheitliche Ueberlieferung unseres Kantons verloren gehen.

Noch aber ist es nicht so weit mit uns. Noch lebt der alte freiheitliche Sinn in weitesten Kreisen auch ausserhalb der Arbeiterschaft. Oft haben wir die Stimmen der Gesinnungsgenossen vernommen. Sie alle rufen wir auf, Helfer unserer Arbeiterschaft zu sein.»

Der denkende Arbeiter macht sich selbst den Kommentar zu dieser Wäsche. Wir bemerken nur, dass es recht amüsant ist zu lesen, wie da die «neutralen Ar-

beitervereinler » um die Unterstützung *ihrer freisinnigen Partei*, zu der sie sich politisch bekennen, betteln und jammern. Und wie sie versichern, dass sie doch so schlicht, *genügsam* und *gutwillig* seien! Der gescheite Doktor scheint gar nicht zu merken, dass doch gerade deshalb die Fabrikanten und Kapitalisten, die er anbettelt, denken müssen, es wäre eine Torheit, solche genügsame und gutwillige Leuten durch Unterstützung beehrlicher zu machen. Und indem der Gelbenführer sagt, er wolle mit seinem Anhang nicht in den Fehler der sozialdemokratischen Arbeiter verfallen und *die Abschaffung der Ausbeutung* fordern, hat er doch sich und den Seinen das Recht abgesprochen, sich über die Unternehmer und Kapitalisten und ihre Partei — die freisinnige — zu beklagen. Denn der Bettler soll froh sein über das Almosen, das man ihm reicht, und es dankbar annehmen. Will er aber mehr, dann muss er *fordern* und für die Forderungen kämpfen. Und dann führt er als Arbeiter eben den Klassenkampf — den der Herr Doktor aus « innerer Ueberzeugung » verwirft. So fahren die Gelben mit ihrer Bewegung eben immer wieder in den Dreck: sie möchten gern und dürfen doch nicht. Und den Unternehmern und freisinnigen Politikern kann man es wahrlich nicht verargen, wenn sie den Gelben nur hie und da einen abgenagten Knochen hinwerfen wie einem treuen, dummen Hund...



Aus den schweiz. Gewerkschaften.

Winterthur.

In der hiesigen Gewerkschaftsbewegung herrscht zurzeit ein reges Leben. Durch den günstigen Abschluss des Streiks in der Schweiz. Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur hat insbesondere die Metallarbeiterbewegung einen neuen Aufschwung genommen. Wenn es so weiter geht, wird die Metallarbeitergewerkschaft bald eine Mitgliederzahl von 2000 erreicht haben. Auch die Gewerkschaft der Textilarbeiter macht in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte. Zahlreiche hiesige Firmen sind durch die Arbeiterorganisationen veranlasst worden, Teuerungszulagen auszurichten, bei vielen sind die Forderungen der Arbeiter zurzeit noch anhängig.

A. W.

Die Mitgliederbewegung des Schweiz. Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1915.

Nach dem in der « Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung » veröffentlichten Bericht über die Mitgliederbewegung des Verbandes im Jahre 1915 zählte derselbe anfangs des Jahres 13,805 (1914: 16,338) Mitglieder, wovon rund 2700 im Militärdienst waren. Mit der Verschmelzung am 1. Juli 1915 kamen 7099 Uhrenarbeiter hinzu und zählte der neue Metall- und Uhrenarbeiter-Verband Ende 1915 21,321 Mitglieder, wovon rund 1000 im Militärdienst waren. Die Zahl der Sektionen belief sich auf 128. Die Verschmelzung der Verbände hat im zahlenmässigen Verhältnis zu den Sektionen mancherlei Verschiebungen (Auflösungen, Fusionen) zur Folge gehabt. 39 Metallarbeitersektionen hatten eine Mitgliederzunahme von 1405, 15 Uhrenarbeitersektionen von 197, 45 Metallarbeitersektionen eine Abnahme von 1163, 2 Uhrenarbeitersektionen von 31 Mitgliedern. 5 Metall- und 22 Uhrenarbeitersektionen wahrten ihren Bestand unverändert.

Der Krieg hat die Fluktuation der Metallarbeiter stark beeinträchtigt. 1913 waren aus andern Sektionen 2796 Mitglieder zugereist, aus dem Ausland 968, 1914 nur 1780 und 461, 1915 1771 und 152. Die Zahl der neu-

aufgenommenen Mitglieder blieb um 300 hinter der von 1914 und um 200 hinter der von 1913 zurück.

Der Berufsart nach verteilen sich die Mitglieder des Verbandes so: 2064 Giesserei, 7556 Metall- und Maschinenindustrie, 214 Gaswerke, 7463 Uhrenindustrie, 2256 Baugewerbe, 433 Kleingewerbe und 1333 Hilfsarbeiter.

Folgende sechs Sektionen haben mehr als 1000 Mitglieder: Bern 1770, La Chaux-de-Fonds 1653, Winterthur 1260, Arbon 1257, Zürich 1116 und Le Locle 1000.

Der Krieg hat in der nationalen Zusammensetzung der Mitglieder des Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes eine starke Verschiebung gebracht, so dass der Anteil der Schweizer von 73 % in 1914 auf 91,1 % in 1915 gestiegen ist, in absoluten Zahlen von 11,684 auf 19,403.

Von den Mitgliedern waren dem Geschlechte nach 19,512 Männer und 1809 Frauen, wovon 1739 in der Uhrenindustrie beschäftigt waren.

Der Krankenkasse gehörten Ende des Berichtsjahres 11,977 Mitglieder an.

Der Bericht schliesst mit der erfreulichen Feststellung, dass seit Anfang 1916 in vielen Sektionen neues Leben und Streben sich zeigt, Forderungen gestellt und in grosser Zahl Mitglieder gewonnen wurden, so dass die Hoffnung berechtigt ist, dass in diesem Jahre mindestens die Stärke der Metallarbeiterorganisation vor dem Kriege wieder erreicht werden wird. Z.



Lohnbewegungen und Konflikte.

Der Streik der Gärtner in Winterthur.

Am 12. Mai sind die Gärtner Winterthurs in Streik getreten. Zur Orientierung der Gewerkschafter seien kurz die Gründe erwähnt, welche die Arbeiterschaft dieses Gewerbes zur Arbeitsniederlegung bewogen haben.

Eine vom Gärtnergehilfenverein Winterthur kürzlich durchgeführte Statistik hat ergeben, dass die Gärtner und Gartenarbeiter hier seit vielen Jahren unter sehr misslichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen leiden. Der Durchschnittslohn für einen Landschaftsgärtner mit dreijähriger Lehrzeit, der zur Erweiterung seiner Berufskenntnisse noch ein paar Jahre in der Fremde gearbeitet haben muss, an dessen Leistungsfähigkeit und Intelligenz sehr grosse Anforderungen gestellt werden, beträgt nach dieser Erhebung in Winterthur 61,5 Rappen pro Stunde. Der Lohn für Gärtner auf Topfpflanzenkulturen und Baumschulen ist bedeutend niedriger, er beträgt 56 bis 58 Rp., für Hilfsarbeiter 45 bis 48 Rp.

Wie jedermann weiss, ist das Gärtnergewerbe ein Saisongewerbe, durchschnittlich wird nur zirka 240 Tage pro Jahr gearbeitet. Das jährliche Einkommen eines Landschaftsgärtners beträgt in Winterthur durchschnittlich 1476 Fr. Die Gärtner auf Topfpflanzenkultur und Baumschulen verdienen bedeutend weniger.

Jeder Mensch, der für die wirtschaftliche und soziale Lage der untern Volksschichten Verständnis hat, wird zugeben müssen, dass ein Arbeiter in diesen furchtbar teuren Zeiten trotz grosser Einschränkungen mit einem solch niedrigen Lohn nicht mehr auskommen kann. Die Mehrzahl der Gärtnergehilfen ist verheiratet und hat für den Unterhalt ihrer Familien zu sorgen.

Die Gärtnergehilfen haben deshalb unterm 8. April 1916 an den Handelsgärtnerverein Winterthur das Begehren gestellt, es sei der Minimallohn für Landschaftsgärtner auf 70 Rp., für Gehilfen auf Topfpflanzenkultur und Baumschulen auf 65 und die Gartenarbeiter auf 55 Rp. pro Stunde zu erhöhen.